



STUTTGART



Thesen zur Digitalisierungskonferenz Baden-Württemberg
Wie verändern digitale Netzwerke das kommunale Leben?

Donnerstag, 13. Februar 2020

Begrüßung:

Wie verändern digitale Netzwerke das kommunale Leben?

Dr. Fabian Mayer

Erster Bürgermeister & CIO der Landeshauptstadt Stuttgart

- Mit Hilfe einer eigenen Strategie können Kommunen die Digitalisierung aktiv gestalten und somit eigene Handlungsspielräume ermöglichen.
- Stuttgart ist der Überzeugung, dass eine erfolgreiche Digitalisierung nur im Dreiklang Mensch, Prozess und IT möglich ist.
- Wir müssen die Digitalisierung von den Menschen her denken im Bewusstsein „nicht die Menschen dienen der Technik, sondern die Technik dient dem Menschen“:
Unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- Um die Digitalisierung nachhaltig voranzubringen, bedarf es nicht nur der internen Vernetzung der Akteure, vielmehr müssen hier Bund, Länder und Kommunen die Thematik gemeinsam vorantreiben.
- Der Reifegrad der Digitalisierung wird über die Zukunftsfähigkeit der Kommunen entscheiden.

Keynote:

Wie verändern digitale Netzwerke das kommunale Leben?

Marco Brunzel, Bereichsleiter Digitalisierung und E-Government der Metropolregion Rhein-Neckar
Vorstand des Kommune 2.0 e. V.

- **Digitalisierung und Vernetzung** verändern die Bedeutung und das Selbstverständnis von Kommunen und Regionen in einer sich verändernden Welt.
- Die Überlagerung verschiedener gesellschaftlicher und verwaltungsrechtlich-organisatorischer Trends führen zur **Renaissance der Kommune**.
- **Lebensqualität, Gemeinwohl und Daseinsvorsorge** rücken (wieder) ins Zentrum der Gestaltungsverantwortung kommunaler Politik
(Stichworte: 17 Nachhaltigkeitsziele der UN (SDGs), „(un)gleichwertige Lebensverhältnisse“).

- Zur Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung werden **regionale Wertschöpfungsketten** ins Zentrum kommunaler Wirtschaftsförderung rücken (Sharing, Wertewandel...)
- Bei der Gestaltung des digitalen Wandels auf örtlicher/kommunaler/regionaler Ebene kommt den **öffentlichen Infrastrukturen und den öffentlichen Unternehmen** eine besondere Bedeutung zu (Bildung/Kultur, Verkehr/Mobilität, Gesundheit/Pflege...)
- Das kommunale Rathaus ist nicht mehr nur das dezentrale „Schalterhäuschen“ überörtlicher Verwaltungsebenen von EU, Bund, Ländern („**Kommunaler Rollback**“)
- Die aktive Gestaltung des digitalen Wandels erfordert im Bereich der öffentlichen Verwaltung ein **radikales Umdenken im Bereich der Aus- und Weiterbildung** (Rollen/Kompetenzen/Selbstverständnis/Berufsbilder)

Impulsreferat 1:

Smart Mobility in Stuttgart: -

Welche intelligenten Services gestalten den öffentlichen Verkehr attraktiver?

Wolfgang Forderer, Leiter der Abteilung Mobilität S-Mobil Landeshauptstadt Stuttgart

- Digitale Smart City-Anwendungen sind kein Selbstzweck, sondern sie haben eine dienende Funktion in kommunaler Verantwortung
- Digitalisierung ermöglicht den einfachen und niederschweligen Einstieg in komplexe Angebote
- Nicht alle Bürgerinnen und Bürger sind "Digital Natives"
- Weniger ist mehr! Nicht alles machen, was geht!
- Vieles geht analog besser und schneller!

Impulsreferat 2:

Keine Digitalisierung ohne Vernetzung:

Welche Herausforderungen birgt der Digitalpakt Schule?

Ralf Armbruster, Leiter der Stabsstelle Digitale Bildungsplattform
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

- Ziel des Digitalpakts Schule ist es, die Digitalisierung flächendeckend und dauerhaft in die Schulen zu bringen.
- Angesichts der Vielzahl an Beteiligten bedarf es einer nachhaltigen und dauerhaften Vernetzung der Akteure.
- Ressourcen müssen gebündelt werden, fachlich geeignete Anwendungen ideologiefrei ermittelt und nachhaltig etabliert werden.
- Über gesetzliche Regelungen Rechtsgrundlagen geschaffen werden.
- Es gilt, Best Practices auch über Ländergrenzen hinweg auszutauschen.
- Schließlich bedarf es eines dauerhaften Paktes insbesondere zwischen Schulträgern und Land, um die Finanzierung der Ausstattung der Schulen, der Wartung und des Betriebs von Hardware, Software und Netzen sowie der Weiterentwicklung digitaler Lösungen dauerhaft sicherstellen zu können.

Impulsreferat 3:

Gemeinwohl im digitalen Zeitalter:

Wie vernetzt sich Freiburg mit seinen Bürgerinnen und Bürgern?

Bernd Mutter, Digitalisierungsbeauftragter der Stadt Freiburg

These 1

Die Trias Ökonomie, Soziale und räumliche Integration sowie Umwelt und Lebensqualität (u. a. Ökologie) muss zentraler Handlungsrahmen nachhaltiger Stadtentwicklung sein. Partizipation muss dabei im Mittelpunkt stehen, auch in Zeiten von Digitalisierung.

Rein technologische Konzepte des Digitalen mit Steuerungsanspruch über kommunales Leben verkennen Urbanität und die Modernität. Erst generierende Reibung und Auseinandersetzung unterschiedlicher Lebensstile und Werte machen eine Stadt zur Stadt.

These 2

Bürgerinnen und Bürger, Einwohner und Einwohnerinnen und auch Unternehmen wollen als Teil eines Gemeinwesens wahrgenommen werden und möchten auch über ihre Stadt mitbefinden und in ihrem Anspruch auf Mitgestaltung auch akzeptiert werden.

These 3

Auch die Städte sind von Zentrifugalbewegungen erfasst und die gesunde Reibung von Milieus und Werten geht in ein Auseinanderdriften, Abschottung und gegenseitige Sprachlosigkeit oder Beschimpfungen über.

Die Feststellung, Kommunen seien für die Daseinsvorsorge zuständig ist so richtig wie banal und greift auch noch zu kurz. Hinter der Daseinsvorsorge steckt die Aufgabe den sozialen Zusammenhalt zu sichern und zu gestalten.

These 4

Eine neugedachte Beteiligungskultur hat das Potential, integrativ zu wirken und die Identität mit den Städten zu stärken. Das ist kein Selbstläufer, sondern setzt Öffnung der Verwaltung, Haltung, vernetzte Strukturen von Beteiligung bis Information über alle Kanäle voraus.

These 5

Digitalisierung darf nicht nur über digitale Transformation sprechen und über Mehrwert von Instrumenten nachdenken oder sich Agilität auf die Fahnen schreiben. Eine nachhaltige Digitalisierung erfordert von Digitalisierern auch eine Beschäftigung mit gesellschaftlichen Fragen. Es reicht nicht, über Disruption und Transformation zu reden und alle Nicht-Digitalisierer aufzufordern, sich mit digitalen Instrumenten und New Work zu beschäftigen, sondern es ist nötig, gerade für diejenigen, die hauptberuflich mit Digitalisierung zugange sind, sich den breiten Veränderungen und Konflikten und seinen Wirkungen zuzuwenden.

Diskussion

Drehbuch Digitale Vernetzung: Welche neuen Rollen kommen auf die Kommunen zu?

Ralf Armbruster, Leiter der Stabsstelle Digitale Bildungsplattform
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

- Im Rahmen von OZG, Digitalisierung und Vernetzung wird es für Kommunen zunehmend schwieriger, ihre Rolle zu finden.
- Dies ist im Wesentlichen dadurch bedingt, dass Initiativen wie das OZG die örtliche und sachliche Zuständigkeit der Kommunen scheinbar in Frage stellen. Mit dem Ansatz, dass jede Verwaltungsleistung an jedem Ort von bundesweit verteilten Anbietern beziehbar sein soll, verliert das „Digitale Rathaus“ seinen angestammten Platz als Anlaufstelle.
- Umso mehr müssen sich die Kommunen auf ihre Rolle als „one face to the customer“ besinnen. Sie müssen die zentrale Ansprechstelle, Garantin und Gewährleisterin sein und sich auch im Digitalzeitalter als Zugang zur Verwaltung für alle, als verlässlich und als Teil der Daseinsvorsorge begreifen.
- Auch zum Gelingen des Digitalpakts für Schulen tragen die kommunalen Träger einen wesentlichen Anteil bei. Zu ihren Aufgaben gehören die Bereitstellung der Netzinfrastruktur (Breitband-Anbindung, Schulnetze, WLANS) sowie deren Betreuung und Wartung. Rolle der kommunalen Rechenzentren könnte die Bereitstellung performanter, skalierbarer, hoch verfügbarer und wirtschaftlich tragbarer Cloudlösungen sein. Darüber hinaus könnten diese die Schulträger durch den Abschluss von finanziell attraktiven Rahmenverträgen für Support und Wartung entlasten.
- Letztlich geht es darum, die Rollen der Beteiligten im Sinne eines dauerhaften Pakts auszuhandeln, der die Orchestrierung des Miteinanders langfristig regelt.

Gudrun Heute-Bluhm, Oberbürgermeisterin a. D.
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Städtetag Baden-Württemberg

These 1: „Digitale Stadt und Digitale Verwaltung vernetzen“

An vielen Stellen innerhalb der Kommune wird bereits digitalisiert. Ideen und Aktivitäten gibt es viele. Vor allem unsere größeren Städte wie Karlsruhe, Freiburg oder Ulm haben sehr viele Digitalisierungsprojekte aufgesetzt, die in die Stadt aber auch in die Verwaltung hineinwirken. Zunehmend stellt sich die Frage, wer diese Ideen kanalisieren soll, um passende Lösungen zu finden und um mögliche Synergien zu erkennen? Denn letztlich betrifft die Digitalisierung alle Bürger und Bürgerinnen, Mitarbeitenden und weiteren Akteure.

Diese Aufgabe wird die Verwaltung übernehmen müssen. Die Digitalisierung braucht eine Rolle wie die der/des Chief Digital Officer (CDO). Doch eine Person allein kann dies nicht leisten. Der CDO braucht als Multiplikatoren kommunale Digitallotsen. Kommunale Digitallotsen können eine Orientierung in die Verwaltung hineingeben und eine Richtung zeigen. Sie können wichtige „Verbündete“ sein, wenn es darum geht, die Standort-, Lebens- und Arbeitsqualität mit Hilfe der Digitalisierung zu verbessern. Der Städtetag Baden-Württemberg hat mit struktureller und finanzieller Unterstützung des Digitalisierungsministeriums Fortbildungsmodulare für Digitallotsen entwickelt und führt Vernetzungsveranstaltungen für alle Kommunen durch.

Diskussion

Drehbuch Digitale Vernetzung: Welche neuen Rollen kommen auf die Kommunen zu? (Fortsetzung)

Gudrun Heute-Bluhm, Oberbürgermeisterin a. D.
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Städtetag Baden-Württemberg

These 2: „Digitale Rolle der Kommunen in den Bereichen Pflege & Gesundheit“

Die Kommunen werden durch ihre Bürger und Bürgerinnen immer häufiger mit der Frage der ärztlichen Versorgung und der Pflegeplatzknappheit konfrontiert. Dabei kommen digitale Lösungsansätze ins Gespräch. Kann die ärztliche Versorgung nicht durch Personal vor Ort sichergestellt werden, sind Onlinelösungen wie Telemedizin-Projekte (Videosprechstunden) eine gute Ergänzung. Hierfür ist ein landesweit flächendeckender Ausbau stabiler Netze erforderlich. Denn gerade in abgelegenen und medizinisch unterversorgten Kommunen darf ein gutes Patienten-Arzt-Gespräch nicht an der Internetverbindung scheitern.

Auch im Bereich der Pflege und der Pflegeplätze können digitale Lösungen gewinnbringend sein. Eine landesweite Pflegeplatzbörse mit freien Kapazitäten könnte eine bessere Beratung durch die Pflegestützpunkte ermöglichen.

Kleinräumige und ambulante Pflegeangebote können technisch und organisatorisch unterstützt und vernetzt werden. Der ungeheure Dokumentationsaufwand im Bereich der Pflege lässt sich erheblich reduzieren, um dadurch mehr Zeit für Pflege zu gewinnen. Dies kommt den kommunalen Pflegeeinrichtungen unmittelbar zugute, mittelbar aber der gesamten Pflegeinfrastruktur einer Stadt.

These 3: „Klimavorsorge“

Für ein neues Klimabewusstsein geht die Jugend auf die Straße. Neue Bewegungen mit jungen Menschen und frischen Ideen rütteln auf. Die Kommunen übernehmen Aufgaben der Klimavorsorge, indem sie z. B. intelligente Stromnetze, „Smart Grids“, designen und steuern. Intelligente Netze ermöglichen es, Strom sowohl einzuspeisen – etwa von der privaten Photovoltaikanlage – als auch zu verteilen. Das Ziel ist, Energie möglichst lokal zu erzeugen und zu beziehen. So können lange und ineffiziente Stromwege vermieden werden. Das geht so weit, dass intelligente Systeme als sogenannte virtuelle Kraftwerke den Strom aus regionalen und co₂-freien Quellen sowie alternativen Wärmenetzen bündeln und die Nachfrage so steuern, dass je nach Wirtschaftsstruktur ein lokaler Ausgleich von Angebot und Nachfrage möglich wird.

These 4: „Mobilitätsanbieter“

Durch eine möglichst lokale Stromerzeugung kann so auch im privaten Sektor teilweise der Strombedarf für e-Fahrzeuge gedeckt werden.

Zudem übernehmen Kommunen eine aktive Rolle in der sogenannten multimodalen Verzahnung von öffentlichem Nahverkehr, neuen Mobilitätsangeboten und dem privaten PKW. Gerade für ländliche Gebiete erhöhen individuelle Angebote wie Rufbusse, die per App oder Telefon gebucht werden können, die Attraktivität des ÖPNV – künftig auch mit autonom fahrenden Fahrzeugen.

Diskussion

Drehbuch Digitale Vernetzung: Welche neuen Rollen kommen auf die Kommunen zu? (Fortsetzung)

Steffen Jäger, Erster Beigeordneter Gemeindetag Baden-Württemberg

1. Kommunen sind Zukunftsgestalter – auch in einer digitaler werdenden Welt:

Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg sind mehr als nur eine Verwaltungseinheit. Gemeinsam mit ihren Bürgern, mit der örtlichen Wirtschaft sowie mit den ehrenamtlichen und zivilgesellschaftlichen Kräften gestalten sie die Lebensbedingungen vor Ort. Sie sind damit die konkreten Zukunftsmacher schlechthin. Dies wird auch in einer digitaler werdenden Welt erforderlich sein, denn auch hier müssen örtliche Lösungen dafür gefunden werden, wie die Lebensbedingungen (unter Berücksichtigung der digitalen Möglichkeiten) weiterentwickelt werden können und sollen.

2. Städte und Gemeinden nutzen digitale Technologien zur Verbesserung der Daseinsvorsorge:

In der Zukunft werden Kommunen noch mehr die Errungenschaften der Digitalisierung zur Sicherstellung einer qualitätvollen Daseinsvorsorge nutzen und damit mehr leisten als „nur“ die Servicequalität ihrer Dienstleistungen durch digitale Bürgerservices zu erhöhen. In Zeiten knapper werdenden Ressourcen und zunehmend steigendem Anspruchsdenken der Bürger werden Effizienzsteigerungen und Qualitätsverbesserungen zunehmend nur noch über den Einsatz von digitalen Werkzeugen und Technologien wie künstlicher Intelligenz realisiert werden können.

3. Die Städte und Gemeinden gewinnen als Orte der analogen Begegnung an Bedeutung:

In Zeiten zunehmender Digitalisierung werden Kommunen als reale Orte der Begegnung und des zwischenmenschlichen Kontakts an Bedeutung gewinnen. Während sich die digitale Welt immer schneller drehen wird, finden Menschen in ihrer anfassbaren Heimat einen Gegenpol. Gebäude und Infrastrukturen sowie Strukturen und Institutionen, die beständig sind und sich nicht oder nur langsam verändern. Natur und Ruhe gleichen digitale Reizüberflutung aus.

4. Städte und Gemeinden werden als Orientierungs- und Haltgeber immer wichtiger:

Bereits heute sind viele Menschen von der Schnelligkeit und der Komplexität der digitalen Welt herausgefordert und fühlen sich zunehmend orientierungslos. Welchen Daten, Aussagen, Nachrichten kann man noch trauen? Welche Fakten sind echt und welche nur ein „Fake“? Was bedeutet es für mich persönlich, wenn die EU eine DSGVO beschließt? Kommunalpolitik wird sich in der Zukunft vermutlich noch mehr zu einem Kompass für die Bürger entwickeln, der übergeordnete Entwicklungen in den lokalen Kontext übersetzt und einordnet.

Diskussion

Drehbuch Digitale Vernetzung: Welche neuen Rollen kommen auf die Kommunen zu?
(Fortsetzung)

Steffen Jäger, Erster Beigeordneter Gemeindetag Baden-Württemberg

5. Die Städte und Gemeinden sind das Zugangstor für die Bürger zum „Digitalen Staat“:

Auch wenn ein Behördengang vom Sofa aus aktuell noch eher als Ausnahme wahrgenommen wird – die Verwaltungen, auch die kommunalen, werden diese Möglichkeiten schon bald anbieten. Die größte Zahl dieser Verwaltungsanwendungen sind dabei kommunale Verwaltungsverfahren. Die Bürger werden den „Digitalen Staat“ also vorrangig über Verwaltungsdienstleistungen der Kommunen wahrnehmen und von der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung profitieren. Über vergleichsweise seltener in Anspruch genommene Landes- oder Bundesleistungen wird die entsprechende Wahrnehmung Deutschlands als moderner digitaler Staat in der Bevölkerung und damit die notwendige Nutzerakzeptanz kaum erreichbar sein. Für die Umsetzung von E-Government und die Überwindung des regelmäßig in E-Government-Rankings bestätigten Rückstands der Bundesrepublik sind die Kommunen deshalb erfolgsentscheidend und in ihren Bemühungen von Ländern und Bund bestmöglich zu unterstützen.

Bernd Reichert, Leiter des Haupt- und Personalamtes & CIO der Landeshauptstadt Stuttgart

- Eine „smarte“ Stadtverwaltung ist die Grundvoraussetzung für eine „smarte“ Stadt. Digital MoveS ist die Basis.
- Unser Leitbild: Mensch – Prozess – IT
- Erfolgreiche Digitalisierung ist nur im Dreiklang Mensch, Prozess und IT möglich. (Mensch: Mitarbeiter- und Bürgerschaft)
- Die Kommune als aktiver Partner für OZG-Prozesseinführungen
Vernetzung mit Land / IT-Dienstleister / andere Kommunen / 115 / Prozesse des OZG

Thesen zur Session 2

Entwicklung der digitalen Verwaltung in Baden-Württemberg

Entwicklung der digitalen Verwaltung in Baden-Württemberg:

Das Land im Spagat zwischen Europa und Kommunen

Marius Herr, OZG/SDG-Koordinator des Landes Baden-Württemberg
Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg

Dr. Sabine Stollhof, Referat 52 (E-Government, Open Government, Verwaltungsmodernisierung)
Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg

Was muss getan werden?

1. Ohne Nutzerzentrierung keine Nutzung!
2. Die Zeit individueller 100-Prozent-Lösungen geht zu Ende!
3. Gemeinsam datengetriebenes E-Government anpacken!

Inpulsreferat 1:

Wie unterstützt FITKO die Digitale Transformation?

Am Beispiel Onlinezugangsgesetz (OZG)

Ulrike Czech, FITKO (Föderale IT-Kooperation) Leitung Dialog und Strategie

- Nur Transparenz ermöglicht die Teilhabe an Wissen und Informationen.
- Gelebte Strukturen helfen Komplexität zu reduzieren; dies hilft sich auf das Wesentliche zu fokussieren.
- "Es ist besser, unvollkommen anzupacken, als perfekt zu zögern."
Thomas A. Edison

Inpulsreferat 2:

Wie kann die OZG-Umsetzung in der kommunalen Praxis gelingen?

Hans-Henning Hall, Abteilungsleiter eGovernment Landeshauptstadt Stuttgart

- Deutschland sucht die X-Road - nur plattformübergreifend erfolgreich zum Ziel
- User Experience und bundesweite Standardisierung von Prozessen und gesetzlichen Grundlagen
- once only und Registermodernisierung bringen eGovernment in den Alltag und in die Fläche

Inpulsreferat 3:

Wie gelingt der Ebenen übergreifende Aktenaustausch im digitalen Zeitalter?

Dr. Daniela Oellers, Leiterin der Stabsstelle „Projekt Landeseinheitliche E-Akte“ (StEA)

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg

1. Viele alte „Fachverfahren“ behindern medienbruchfreie Vernetzung durch alte Technologie.
2. Eigenprogrammierungen in den Behörden, Leuchttürme, Inseldaten behindern Interoperabilität der Systeme.
3. Ohne bundesweite Standardisierung bleibt Digitalisierung Stückwerk.
4. Bürgerschaft braucht simple Zugänge mit Wiedererkennungseffekt.

Diskussion

Wie bereiten sich das Land, Städte, Kreise und Gemeinden auf das digitale Zusammenwirken vor?

Prof. Dr. Alexis von Komorowski, Hauptgeschäftsführer Landkreistag Baden-Württemberg

1. Um die digitale Transformation in den baden-württembergischen Verwaltungen aktiv zu gestalten und aktuell vor allem auch das Onlinezugangsgesetz bis Ende 2020 erfolgreich umzusetzen, ist es unabdingbar, dass die maßgeblichen Akteure, nämlich Land und Kommunen wie auch ihre IT-Dienstleister, eng, konstruktiv und vertrauensvoll zusammenwirken. Einen ersten Etappenerfolg stellt dabei zweifelsohne die zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden geschlossene E-Government-Vereinbarung dar.
2. Das Land, ITEOS und die Kommunen stehen bei der digitalen Verwaltungstransformation mitnichten erst am Anfang. Sie wirken bereits heute erfolgreich gemeinsam in Digitalisierungsvorhaben, in ersten Digitalisierungslaboren oder Expertenkreisen zusammen. Nun heißt es, die bereits erarbeiteten Grundlagen und geschaffenen Voraussetzungen weiter zu vertiefen und mit strategischem Weitblick, methodisch strukturiert, den digitalen Wandel auch operativ zu gestalten.
3. Die 35 Landkreise haben sich zum digitalen Zusammenwirken bereits klar positioniert. So hat sich die Gesamtheit der Landkreise am 14. November 2019 auf insgesamt zehn Grundprinzipien der Digitalisierung verständigt. Hervorzuheben ist namentlich das Commitment, wonach standardisierten Lösungen oberste Priorität eingeräumt wird.
4. Wenn wir weitere Verzögerungen bei der Verwaltungsdigitalisierung vermeiden wollen, dann müssen bei der Entwicklung, Bereitstellung und Pflege von standardisierter IT und automatisierten Geschäftsprozessen auch einmal 80 %-Lösungen akzeptiert und individuelle Partikularwünsche zurückgestellt werden.
5. Durch die kooperative und kollaborative Entwicklung schlanker, standardisierter Prozesse und Verfahren können Kräfte gebündelt, Skaleneffekte generiert und Blaupausen für alle geschaffen werden. Nur Verschlankung und Standardisierung garantieren die erforderliche Skalierbarkeit dieser Dienstleistungsangebote und stellen damit deren Finanzierbarkeit und nachhaltige Weiterentwicklung sicher.

William Schmitt, Vorstandsvorsitzender ITEOS

1. ITEOS ist der Partner der Kommunen, Landkreise und des Landes BW, der mit Ihnen gemeinsam nachhaltig die digitale Souveränität der Gesellschaft und der kommunalen Selbstverwaltung sichert.
2. Wir gestalten die Kommunen digital - durch innovative, cloudbasierte Lösungen.
3. Wir sind **der** Partner von Land BW und Kommunen bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
4. Wir eröffnen unseren Mitgliedern/Kunden den Zugang zu „digitalen Best Practices“ aus Europa